



Landes-SGK EXTRA

Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Deutschland hat wieder eine Regierung – fünf Monate nach der Bundestagswahl. Lange Jamaika-Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die FDP ist feige. Die SPD hat für sich einen harten und langen Weg zurücklegen müssen.

Noch nie hat sich die Bildung einer Regierung länger hingezogen als nach der letzten Wahl. Deutschland als wirtschaftsstarke Nation, europäischer Motor und wichtiger Diplomat für den Frieden in der Welt war nur eingeschränkt handlungsfähig.

Ein kaum erstrebenswerter Zustand. Vor allem angesichts des Erstarkens der rechtsextremen Bewegungen. Ein Hauptargument der AfD ist, dass die etablierten Parteien nicht fähig sind das Land zu regieren. Sie hätten abgewirtschaftet.

Beinahe wäre der Beweis unfreiwillig geführt worden. Kein gutes Bild, das die demokratischen Parteien in den Monaten nach der Wahl abgaben. Nicht nur in der SPD ging der Blick nach innen: Wie geht's mit der Partei weiter? Wie steht man strategisch gut da? Viel Selbstbeschäftigung. Aber was ist mit dem Land? Mit den Sorgen der Menschen? – Warteschleife.

Es geht um die Zukunft der SPD

Eine Genossin erzählte mir: „Als der Brief mit dem Mitgliedervotum kam, habe ich ihn aufgerissen und mit einer Faust in der Tasche mit ‚JA‘ gestimmt.“ Was bliebe einem denn nach den Berliner Chaostagen der SPD-Parteiführung nun anders übrig, fragte sie.

Verstehe ich. Ob für oder gegen die GroKo zu stimmen, keiner hat es sich leicht gemacht damit. Es geht auch um nichts weniger als die Zukunft der SPD. Gleich, wie man abgestimmt hat: Ungewissheit bleibt. Eine Pointe setzte die Genossin aber



Michael Ebling

Foto: SGK

an die falsche Stelle, finde ich. Sie sagte dann noch: „Stell' dir mal vor, der Postbote hat geklingelt und mir die Briefe für meinen Mann und mich persönlich übergeben. Den sehe ich sonst nie. Er sagte: Sie stimmen aber doch bitte zweimal mit JA.“

Stimmt, den Postboten sieht man selten. Wann hat man mit ihm das letzte Mal ein Wort gewechselt? Überhaupt schon mal? Er ist zu flink. Er muss es auch sein. Er steht unter enormem Zeitdruck. Dies ist auch den Marktbedingungen geschuldet, unter denen er jeden Tag arbeiten muss. Die Briefe kommen dennoch immer und pünktlich. Er erfüllt seine Aufgabe zuverlässig.

Der Postbote baut auf die SPD. Die junge Doktorandin mit befristetem

Arbeitsvertrag auch. Das Arbeiterpaar, da sie auf eine Ganztagsbetreuung der Kinder angewiesen sind, um das Eigenheim (oder schlicht die Miete) bezahlen zu können, ebenso.

Was ich sagen will: Der Erneuerungsprozess der SPD steht außer Frage; er ist notwendig. Wir brauchen die interne Diskussion. Aber ein altes und nach wie vor unschlagbares Erfolgsrezept der SPD bleibt gültig, hat sich seit 155 Jahren bewährt: mittendrin sein, zuhören, Probleme der Menschen lösen. Ein stetes „Unter uns“, wie wir es in den letzten Wochen erlebt haben, darf kein Dauerzustand werden. Es vergisst die Menschen. Da kommt der Postbote gerade recht und klingelt wach. Die SPD muss ihre Aufgaben auch erfüllen.

Inhalt

Erfolgsgeschichte: Starke Kommunen – Starkes Land

Neue Handlungsmuster statt „Insellösungen“

Stadt Mainz stemmt sich gegen Diesel-Fahrverbot

Landesfinanzausgleich: Ergebnisse für den Reformansatz

Bürgermeistertreffen wieder in Essenheim

Klarer Sieg für Ralph Spiegler

Der 56-jährige Sozialdemokrat Ralph Spiegler geht in seine vierte Amtszeit als Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm. Bei der Wahl Anfang März wurde er bereits im ersten Wahlgang mit 53,5 Prozent der abgegebenen Stimmen wiedergewählt und lag damit deutlich vor seinem CDU-Gegenkandidaten Stefan Kneib (33,1 Prozent). Spiegler ist seit 1994 Bürgermeister der VG Nieder-Olm, eine der größten und wirtschaftlich stärksten Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz. Ralph Spiegler ist auch stellvertretender Vorsitzender der SGK Rheinland-Pfalz und Mitglied im Bundesvorstand. Außerdem ist er Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz

Demokratische Parteien müssen handlungsfähig sein und auch in schwierigen Situationen Verantwortung tragen wollen. Dies gilt für Regierung und Opposition gleichermaßen. Die Demokratie bedarf dieser Balance. Die AfD dagegen wettet darauf, dass die Balance bricht. Welches Gedankengut sie in sich trägt und wie man dieses auf parlamentarische Weise entlarvt, das haben Cem Özdemir und Wolfgang Kubicki in der Opposition vorgemacht. Kompliment!

An die Arbeit!

Nun ist die Seite der Regierung wieder handlungsfähig. Gut so. Wichtig auch für uns in den Kommunen. Erstmals ist in einem Koalitionsvertrag auf Bundesebene das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ verankert. Wir Sozialdemokraten haben es reinverhandelt. Das ist nur ein gutes Beispiel von vielen.

Also gehen auch wir in unseren Fraktionen, Rathäusern und Verwaltungen weiter an die Arbeit. Pragmatisch. Nah bei den Menschen. Verlässlich. Dabei wünsche ich euch weiterhin viel Freude.

Michael Ebling

SGK-Landesvorsitzender

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

Redaktion: Wolfgang Kröhler
Telefon: (06737) 260
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

„Starke Kommunen – Starkes Land“

Die Zukunftsinitiative entwickelt sich mehr und mehr zu einer Erfolgsgeschichte

Die Landesregierung will gute Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden in ganz Rheinland-Pfalz garantieren. Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Ein Drittel des Landeshaushaltes fließt in die Kommunen. Seit Amtsantritt 900 Millionen Euro mehr

Text Pressestelle Staatskanzlei

„Heimat zu erleben ist immer wichtiger für viele Menschen in einer Welt, die sie als unübersichtlich erleben. Zusammenhalt vor Ort in unseren Städten und Gemeinden ist dafür eine wichtige Basis“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer bei der Auftaktveranstaltung der Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“ mit Innenminister Roger Lewentz.

Ziel der Landesregierung sei es, gute Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden in ganz Rheinland-Pfalz zu garantieren. Daher unterstütze das Land die Regionen und Kommunen.

„Seit meinem Amtsantritt ist der kommunale Finanzausgleich um über 900 Millionen Euro gewachsen“, unterstrich die Ministerpräsidentin.

Ein Drittel des Landeshaushaltes fließt an die Kommunen. Schon die erste Runde der Zukunftsinitiative sei eine Erfolgsgeschichte und habe die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden verbessert, unterstrich die Ministerpräsidentin. Sie erinnerte an die Erfolgsprojekte Dorfläden, digitale Dörfer, „Lange leben im Dorf“ oder das Feuerwehrkooperationsprojekt Kandel/Hagenbach.

Vernetzung im Fokus

Die zweite Runde der Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“ befasst sich mit den Schwerpunktthemen „Städtenetz“ und „Stadt-Umland-Kooperation“ (siehe auch Bericht „Neue Handlungsmuster statt Insellösungen“). In Runde eins hatte das Hauptaugenmerk auf den Verbandsgemeinden im ländlichen Raum gelegen.

„In Zeiten des demografischen und digitalen Wandels, gesellschaftlicher Umbrüche und neuer globaler Herausforderungen müssen sich auch die Kommunen in Rheinland-Pfalz zukunftsfit als attraktive Standorte aufstellen. Die interkommunale Kooperation bietet ihnen gute Voraussetzungen dafür. Die Kommunen verbessern so gemeinsam ihre Standortqualität und vermeiden gleichzeitig ineffiziente Insellösungen. Themen wie Siedlungsentwicklung oder Mobilität lassen sich im Verbund zielführender entwickeln“, betonte Innenminister Roger Lewentz. Er zeigt sich zuversichtlich, dass man auch aus der zweiten Auflage der Zukunftsinitiative wichtige Erkenntnisse gewinnen werde, die allen kommunalen Akteuren im Land weiterhelfen würden.



Ministerpräsidentin Malu Dreyer (Mitte rechts) und Innenminister und SPD-Landesvorsitzender Roger Lewentz (links daneben) gemeinsam mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus Rheinland-Pfalz

Foto: Staatskanzlei RLP

Neue Handlungsmuster statt „Insellösungen“

Kommunale Kooperationen und Netzwerke sind von zentraler Bedeutung für eine zukunftsfähige Entwicklung. Ein Städtenetz wird gebildet. Modellräume sollen Strukturen und Projekte gemeinsam auf den Weg bringen

Autor Staatssekretär Randolph Stich



Randolph Stich

Foto: Innenministerium

Die Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land 2014 – 2016“ hat gezeigt, dass kommunale Kooperationen und Netzwerke von zentraler Bedeutung für eine zukunftsfähige Kommunalentwicklung sind. Insbesondere der Aufbau tragfähiger Strukturen innerhalb der Verwaltungen sowie auch mit externen Partnern (Ehrenamtliche, Kammern, Unternehmen, etc.) und der enge Austausch der kommunalen Kooperationspartner haben den strategischen Erfolg dieses Projektes ausgemacht. Themen wie Siedlungsentwicklung, Mobilität, Fachkräfte und „attraktiver Standort für Unternehmen“ lassen sich im Verbund zielführender entwickeln. Es wurde erkannt, dass mit integrierten Entwicklungsprozessen für die Verwaltung und für die lokalen Akteure die Chance besteht, die Standortqualität in der jeweiligen Region zu verbessern, auszubauen und damit dem demografischen Wandel in seinen unterschiedlichen Ausprägungen besser begegnen zu können. Dabei geht es vor allem um die Erarbeitung gemeinsamer Ziele, den Aufbau von notwendigen Strukturen und Netzwerken zur Entwicklung einer Umsetzungsstrategie sowie die gemeinsame Planung

von Projekten bis hin zur Umsetzung und Verstetigung. Gut organisierte Strukturen ermöglichen den Kommunen, neue Wege zu gehen und ineffiziente „Insellösungen“ durch neue Handlungsmuster zu vermeiden.

Sinnvolle Ergänzung

Die Aussagen in dem Endbericht zur wissenschaftlichen Begleitung und in dem Bericht zur Evaluierung der Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“ von Prof. Dr.-Ing. Gerhard Steinebach der Technischen Universität Kaiserslautern als auch die verschiedenen Projekte, die nach dem Förderraum verstetigt wurden, bestätigen eindeutig, dass die Förderung von kommunalen Netzwerkstrukturen und deren Management eine sinnvolle Ergänzung zu bestehenden Förderprogrammen darstellt. Interkommunale Kooperation wird auch in Zukunft ein immer wichtigerer Baustein für unsere Kommunen sein. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse und der insgesamt positiven Resonanz wurde nun ein Folgeprojekt für interessierte Modellräume entwickelt. Am 22. Januar 2018 wurde die zweite Runde „Starke Kommunen – Starkes Land“ mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Staatsminister Roger Lewentz gestartet. Während in der ersten Runde der Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“ das Augenmerk hauptsächlich auf die Verbandsgemeindeebene im ländlichen Raum gerichtet war, befasst sich die zweite Runde mit den Themen „Städtenetz“ und „Stadt-Umland“. 14 Kommunen – Städte und Verbandsgemeinden – sind auf das Ministerium des Innern und für Sport zugekommen und kooperieren nun in zwei Modellräumen von jetzt an bis Ende 2021.

Im Norden von Rheinland-Pfalz werden die Verbandsgemeinden Bad Brei-

sig, Bad Hönningen, Linz am Rhein, Unkel, Vallendar und Weißenthurm sowie die Städte Andernach, Bendorf, Neuwied, Sinzig und Remagen ein sogenanntes „Städtenetz“ bilden. Geschäftsführend und damit Empfängerin des Zuwendungsbescheides über 855.000 Euro (90 Prozent Fördersatz) ist die Verbandsgemeinde Bad Breisig mit Bürgermeister Weidenbach.

Im Süden wird eine „Stadt-Umland-Kooperation“ zwischen den Verbandsgemeinden Kandel und Hagen-

bach sowie der Stadt Wörth am Rhein als Umland zum Oberzentrum Karlsruhe entstehen. Geschäftsführend und damit Empfängerin des Bewilligungsbescheides über 450.000 Euro (90 Prozent Fördersatz) ist die Verbandsgemeinde Kandel mit Bürgermeister Poß. Das erklärte Ziel der beiden Modellräume ist es, in den kommenden Jahren Strukturen und Projekte gemeinsam auf den Weg zu bringen und zu verstetigen. Die beiden Modellräume werden vom Beratungsbüro SWECO aus Koblenz zusammen mit dem Büro Stadtimpuls aus Landau unterstützt und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Innenministerium begleitet. Die Umsetzung einzelner Projekte kann dann wiederum über die bestehenden Fachprogramme gefördert werden.

Mit der Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“ bietet das Innenministerium ein innovatives Lösungsinstrument zur integrierten Entwicklung der Kommunen an.

Anzeige



KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH

DER DEMO-NEWSLETTER!

EINFACH ABONNIEREN

Auf www.demo-online.de/newsletter
Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und Nachnamen eingeben und bestellen.

Erscheint 1x im Monat.
Kostenlos und aktuell.

Mainz stemmt sich gegen Diesel-Fahrverbot

In der Landeshauptstadt sind schon eine Reihe von Maßnahmen zur Luftverbesserung getroffen worden. Deutsche Hersteller können Wasserstoffbusse vor Ende 2019 nicht liefern. Ebling mahnt „Technologieschub“ an

Text Presseamt Stadt Mainz



Um die Luft zu verbessern, hat Mainz sein Straßenbahnnetz 2016 mit der „Mainzelbahn“ (unser Foto) erweitert und plant gemeinsam mit Wiesbaden eine neue Citybahn.

Foto: Mainzer Stadtwerke AG

„Das Bundesverwaltungsgericht hat bestätigt, dass es bei dem klaren Auftrag, unsere Luft sauberer zu machen, keine Denkverbote geben darf. Für die Luftreinhaltepläne hat uns das Gericht einen großen Werkzeugkasten mitgegeben. Fahrverbote sind nur ein Werkzeug unter vielen und für uns die ultima ratio. Für alle Werkzeuge, die in der Umsetzung angewendet werden, gilt übrigens, dass sie im konkreten Anwendungsfall geeignet und verhältnismäßig sein müssen“, sagt der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling zu drohenden Fahrverboten durch das Grundsatzurteil.

Das Leipziger Urteil bejahte die Frage, ob Fahrverbote rechtlich zulässig und in städtische Luftreinhaltepläne aufzunehmen sind. Deutschlandweit betrifft dies 13 Millionen Dieselautos mit Abgasnorm Euro 5 und schlechter. Ein Urteil mit Si-

gnalwirkung auch für viele Städte in Deutschland. In Rheinland-Pfalz ruht derzeit eine Klage der Deutschen Umwelthilfe (DUH) gegen die Landeshauptstadt Mainz, die zu Fahrverboten führen kann.

Sofortprogramm beschlossen

In Rheinland-Pfalz weisen Mainz, Ludwigshafen und Koblenz die höchste Belastung von Stickstoffdioxid (NO₂) auf. Mainz und Ludwigshafen überschreiten den EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft, Koblenz liegt knapp darunter. Um den Kommunen kurzfristig zu helfen, hat die Landesregierung mit den drei Städten 2017 ein Sofortprogramm zur Luftreinhaltung beschlossen und drei Millionen Euro bereitgestellt.

„Für Mainz kann man sagen, dass wir alle Energie hineinstecken, um

ein Diesel-Fahrverbot zu verhindern. Ein Fahrverbot würde dem kommunalen Leben den Stecker ziehen“, sagt Ebling und setzt darauf, dass das Gericht die bereits eingeleiteten Maßnahmen für sauberere Luft würdigend anerkennt, die im kommunal beeinflussbaren Bereichen umgesetzt wurden. Dazu zähle zum Beispiel die Einführung der Umweltzone, die Erweiterung des Straßenbahnnetzes (Mainzelbahn), der Aufbau und Betrieb des Fahrradverleihsystems MVGmeinRad sowie der Ausbau des Radverkehrswegenetzes. „Wir werden nicht müde weiter zu handeln, im Interesse der Luftreinhaltung und der Vermeidung von Fahrverboten“, so Ebling. So ist Mainz zusammen mit Wiesbaden in die Planung einer Städte verbindenden Citybahn eingestiegen.

Ebling, auch Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen

(VKU), lenkt den Blick zudem auf ein grundlegendes Problem: „Die jüngste gemeinsame Ausschreibung der Städte Mainz, Wiesbaden und Frankfurt zum Kauf von Wasserstoffbussen hat leider ergeben, dass kein deutscher Hersteller vor Ende 2019 liefern kann.“ Die deutsche Automobilindustrie, die Verantwortung am „Dieselgate“ trägt, habe nichts Innovatives in Serienreife anzubieten.

Wenn es keine überzeugenden Alternativen einheimischer Hersteller gebe, werde auch die Landeshauptstadt Mainz nicht umhin kommen, ihre Fahrzeugflotten mit emissionsarmen Fahrzeugen ausländischer Hersteller auszustatten. „Wenn das am Ende dazu dient, die Grenzwerte einzuhalten, darf die Herkunft der Fahrzeuge keine Rolle spielen“, so Ebling.

Thema bleibt auf der Agenda

Immerhin haben Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag verabredet, den umweltpolitischen Ordnungsrahmen für kommunale Bus- und Taxiflotten strenger zu fassen. Auch soll die Anschaffung von E-Taxen, E-Bussen, E-Nutzfahrzeugen und Carsharing langfristig gefördert werden. Ebling begrüßte diese kommunalfreundliche Ankündigung: „In den Kommunen haben die Themen Elektromobilität und Lade-Infrastrukturen Hochkonjunktur.“

„Es ist kein Strohfeuer, das erlischt, sobald der juristische Druck weg ist“, betonte der VKU-Präsident: „Wir stellen uns alle dem Ziel, nachhaltig für gute Luft zu sorgen und sind hier bereits mit guten Erfolgen unterwegs.“ Die Kommunen hielten an ihrem Ziel fest, baldmöglichst 10.000 Elektro-Busse für deutsche Innenstädte zu ordern. Nötig sei dafür aber ein kurzfristiger „Technologieschub“ der Fahrzeughersteller. Die Diskussion um Fahrverbote, deren praktische Umsetzung aufgrund fehlender Vorgaben des Bundes vollends unklar ist, wird ohnehin dafür sorgen, dass das Thema Luftreinhaltung auf der politischen Agenda bleibt.

DEMO

VORWÄRTS-KOMMUNAL

■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK



**JETZT
kostenlos
Probelesen!**

Probeabonnement für 3 Ausgaben
jetzt kostenlos bestellen:

www.demo-online.de

☎ 030/740 73 16-61

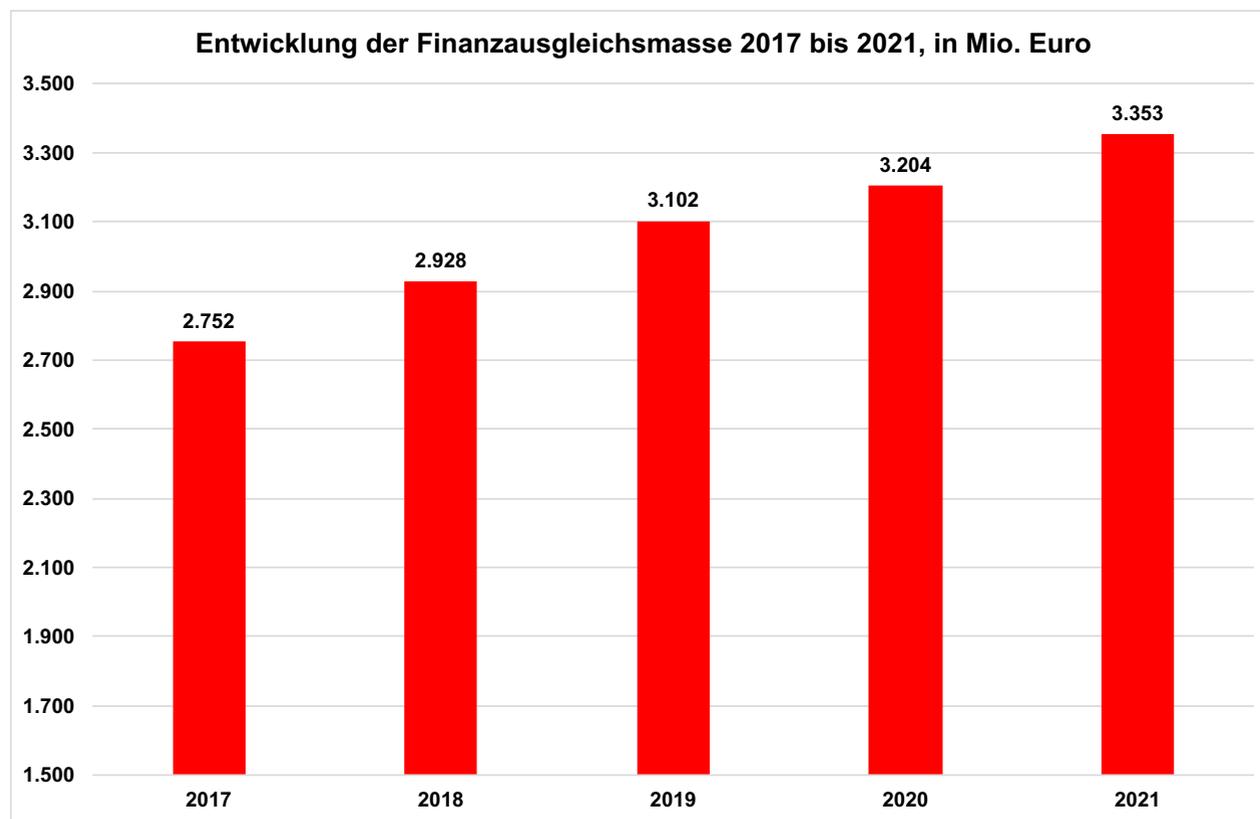
Dieses Abonnement ist kostenfrei
und läuft automatisch aus.



Ergebnisse für den Reformansatz des Landesfinanzausgleichgesetzes

Änderungen sollen im Herbst vom Landtag beschlossen werden und rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft treten. Rund 133 Millionen Euro mehr für Kommunen

Autor Hans Jürgen Noss



Nach den derzeitigen Plänen sollen die Änderungen des Landesfinanzausgleichgesetzes (LFAG) im Herbst 2018 vom Landtag beschlossen werden und rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft treten. Die „neuen“ Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich könnten dann zum 15. November 2018 ausgezahlt werden.

Derzeit sorgt der Landkreistag mit seinem Rundschreiben (S 36/2018 vom 15. Januar 2018) für Verunsicherung. In die gleiche Richtung wirken zahlreiche „Kleine Anfragen“ eines Landtagsabgeordneten, z. B. mit den Landtags-Drucksachen 17/4994, 17/5269, 17/5113, 17/5392 und 17/5393.

Vor diesem Hintergrund sind einige Klarstellungen hilfreich: Im Jahr 2017 wurden aus dem kommunalen Fi-

nanzausgleich rund 1,584 Milliarden Euro Schlüsselzuweisungen (ohne Investitionsschlüsselzuweisungen) an die kommunalen Gebietskörperschaften ausgezahlt. Der Haushaltsansatz 2017 belief sich auf rund 1,586 Milliarden Euro.

Steigende Zuweisungen

Der Haushaltsansatz 2018 beläuft sich auf 1,719 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Aufwuchs der Schlüsselzuweisungen 133,2 Millionen Euro oder etwa 32 Euro je Einwohner. Im Durchschnitt werden die Gemeinden und Gemeindeverbände in diesem Jahr somit rund 133,2 Millionen Euro mehr Schlüsselzuweisungen als im letzten Jahr erhalten. Hinzu kommen im diesem Jahr außerdem 45 Millionen Euro mehr Zweckzuweisungen als im letzten Jahr. Das ist eindeutig

und kann nicht bestritten werden. Auch für die nächsten Jahre können sich die kommunalen Gebietskörperschaften auf steigende Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich einstellen. Bis zum Jahr 2021 wird die Finanzausgleichsmasse gegenüber dem letzten Jahr um etwas über 600 Millionen Euro ansteigen.

Die Wachstumsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr betragen im Jahr 2018 rd. 6,4 v. H., im Jahr 2019 rd. 5,9 v. H., im Jahr 2020 rd. 3,3 v. H. und im Jahr 2021 rd. 4,7 v. H.

Von der Summen- und Durchschnittsbetrachtung für alle kommunalen Gebietskörperschaften zu trennen ist der grundlegende Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Körperschaften, der beibehalten wird. (Durch die anstehende Reform soll er sogar noch etwas verstärkt werden.)

Wenn eine Gemeinde im Vergleich zum Vorjahr eine unterdurchschnittlich geringere Steuerkraftmesszahl aufweist, wird dieser Rückgang der Steuereinnahmen durch höhere Schlüsselzuweisungen ausgeglichen. Deshalb heißt der kommunale Finanzausgleich auch Finanzausgleich. Die gleiche Ausgleichswirkung ergibt sich symmetrisch natürlich auch im umgekehrten Fall. Wenn eine Gemeinde im Vergleich zum Vorjahr eine überdurchschnittlich höhere Steuerkraftmesszahl aufweist, erhält sie weniger Schlüsselzuweisungen. Es dürfte Einvernehmen bestehen, dass diese „Gewinne“ oder „Verluste“ in jedem kommunalen Finanzausgleich zwangsläufig sind, so dass darüber dem Grunde nach nicht diskutiert werden muss.

Sodann kann die Durchschnittsbetrachtung mit den Darstellungen des Landkreistages verglichen werden. In seinem Rundschreiben S 36/2018 vom 15. Januar 2018 führt der Landkreistag aus:

„Danach verlieren die Landkreise im Vergleich zum geltenden Recht und unter Berücksichtigung der im Referentenentwurf vorgesehenen Änderungen Schlüsselzuweisungen in Höhe von rd. 71,3 Millionen Euro. Die Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden verlieren ebenfalls Schlüsselzuweisungen B 2 in Höhe von 33,5 Millionen Euro, während die Ortsgemeinden über höhere Schlüsselzuweisungen A rd. 44,7 Millionen Euro an Mehreinnahmen erzielen. Die insgesamt im Landkreisbereich zu verzeichnenden Mindereinnahmen in Höhe von rd. 62 Millionen Euro führen spiegelbildlich bei den kreisfreien Städten zu entsprechenden Mehreinnahmen.“

Beide Berechnungen sind rechnerisch richtig. Ihnen liegen allerdings unterschiedliche Betrachtungsweisen zugrunde.

- Die Landesregierung stellt dar, wie sich die Schlüsselzuweisungen 2018 im Vergleich zum Vorjahr (2017) verändern, ob also die kommunalen Gebietskörperschaften in diesem Jahr Mehr- oder Mindereinnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich zu verzeichnen haben.
- Der Landkreistag stellt dagegen dar, wie sich die Schlüsselzuwei-

sungen 2018 ohne die vorgesehenen Rechtsänderungen im Vergleich zu einer Verteilung der Schlüsselzuweisungen mit den vorgesehenen Rechtsänderungen im Jahr 2018 verändern würden. Sofern der Landkreistag von „Verlusten“ spricht, handelt es sich um einen Verlust von Geld, über das die Körperschaften allerdings noch nie verfügt haben. Im allgemeinen Sprachgebrauch kann man nur verlieren, was man besessen hat. Entgegen dem allgemeinen Sprachgebrauch zeigen die vom Landkreistag ausgewiesenen „Gewinne und Verluste“ jene Beträge an, die sich ergeben würden, wenn das Land auf eine aktive Gestaltung des Finanzausgleichs verzichtet und das Landesfinanzausgleichs unverändert lässt. Die vom Landkreistag ausgewiesenen „Verlierer“ würden somit über die von der Landesregierung beim Vergleich 2018 mit 2017 berechneten Beträge hinaus weitere Schlüsselzuweisungen

bekommen, wenn das Land das Gesetz nicht ändert. Oder anders formuliert: Die Landkreise bekommen im Jahr 2018 zwar mehr Geld als im Jahr 2017, jedoch nicht so viel mehr, wie sich der Landkreistag wünscht. Die Höhe der nicht erfüllten Wünsche bezeichnet der Landkreistag als „Verlust“.

Finanzausgleich wird geändert

Vor diesem Hintergrund kann die Frage gestellt werden, warum das Land den kommunalen Finanzausgleich bzw. das Landesfinanzausgleichsgesetz überhaupt ändern will. Dazu zwei Fakten, die wohl einvernehmlich festgestellt werden können:

1. Nach Zahlen aus dem Kommunalbericht 2017 des Rechnungshofes war der Finanzierungssaldo des Jahres 2016 für die kreisfreien Städte negativ und betrug 66 Millionen Euro oder rund 66 Euro je Einwohner.

Für die Landkreise war er dagegen positiv und betrug plus 49 Millionen Euro oder gut plus 16 Euro je Einwohner. Zahlen für das gesamte Jahr 2017 sind erst in der ersten Märzhälfte 2018 zu erwarten. Zum Ende des III. Quartals 2017, also 30. September 2017, betrug der negative Finanzierungssaldo der kreisfreien Städte minus 57 Millionen Euro und der positive Finanzierungssaldo der Landkreise zirka plus 107 Millionen Euro. Im Vergleich zum III. Quartal 2016 haben sich sowohl die kreisfreien Städte als auch die Landkreise zwar deutlich verbessert. Allerdings ist der Abstand zwischen beiden Gruppen in 2017 noch größer geworden.

2. Der Stand der Liquiditätskredite (Überziehungskredite für das laufende Geschäft) zum 31. Dezember 2016 betrug in den kreisfreien Städten 3.657 Euro je Einwohner und im kreisangehörigen Raum 926 Euro je Einwohner. Die kreisfreien Städ-

te haben knapp viermal so hohe Liquiditätsschulden wie der kreisangehörige Raum. Zahlen für das gesamte Jahr 2017 liegen auch hier noch nicht vor. Zum Ende des III. Quartals 2017 hatten die kreisfreien Städte Liquiditätskredite in Höhe von 3.733 Euro je Einwohner, während es im kreisangehörigen Raum 951 Euro je Einwohner waren. Der Abstand zwischen den kreisfreien Städten und dem kreisangehörigen Raum im Jahr 2016 war deutlich. Er ist in den ersten drei Quartalen 2017 noch größer geworden.

Bei diesen Fakten hält es das Land für sachgerecht wenn nicht zwingend, den Zuwachs der Schlüsselzuweisungen im Jahr 2018 zur Hälfte auf die kreisfreien Städte und zur Hälfte in den kreisangehörigen Raum zu lenken. Auch die Landkreise bekommen in 2018 mehr Geld als in 2017, aber eben nicht so viel mehr, wie sie sich erhofft oder gewünscht haben.

Anzeige



**DAS DEBATTENPORTAL
DER SOZIALDEMOKRATIE**
vorwärts.de

DEBATTIEREN

Wir treiben wichtige politische und gesellschaftliche Debatten voran.

VERNETZEN

Wir verbinden Menschen und Organisationen, die der Sozialdemokratie nahestehen.

POSITIONIEREN

Wir zeigen Haltung und beziehen klar Stellung zu aktuellen Themen.

BESUCHEN SIE UNS UND DISKUTIEREN SIE MIT!

Bürgermeistertreffen mit Tradition im April wieder in Essenheim

Sie sind seit 1998 ein Forum für den Meinungsaustausch zwischen Kommunal- und Landespolitik, politisch werthaltig und Basis für gute Zusammenarbeit

Autor SGK Rheinland-Pfalz



In Otterberg fand am 2. Juli 1998 das 1. Ortsbürgermeister-Treffen statt. Mit dabei waren damals SGK-Landesvorsitzender Michael Reitzel, Ortsbürgermeister und 1. Kreisbeigeordneter Willi Lehmann und Ministerpräsident Kurt Beck (v.l.).

Die alljährlichen Treffen der Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister auf Einladung der Landes-SGK sind fester Bestandteil im Jahreskalender. Am 2. Juli 1998 fand in Otterberg das erste Treffen der sozialdemokratischen Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister, Stadtbürgermeisterinnen und Stadtbürgermeister sowie Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher statt. Es folgten Treffen in fast allen Regionen unseres Landes. Von einer Ausnahme abgesehen waren sämtliche Treffen gut bis hervorragend besucht, nämlich häufig mit mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Ex-Ministerpräsident und langjähriger SPD-Landesvorsitzender Kurt Beck, der auch Ehrenmitglied der Landes-SGK ist, sowie der ehemalige Innenminister Karl-Peter Bruch und sein Nachfolger und aktuelle

SPD-Landesvorsitzende Roger Lewentz haben auch als Referenten an sämtlichen Ortsbürgermeistertreffen teilgenommen.

Die Treffen dienen und dienen dem Meinungsaustausch zwischen Kommunal- und Landespolitik, aber auch dem persönlichen Kennenlernen. Der Austausch über oft ähnliche kommunalpolitische Problemstellungen und Rechtsfragen, nicht zuletzt aus der Situation politischer Minderheiten, machte die Treffen politisch werthaltig und war nicht selten ursächlich für die engere Zusammenarbeit zwischen Repräsentantinnen und Repräsentanten sozialdemokratischer Kommunalpolitik im ländlichen Raum.

Auch in diesem Jahr wird es wieder ein Bürgermeistertreffen geben, und zwar am 19. April um 17 Uhr in der Domherrenhalle in Essenheim.

Dabei sein werden der SGK-Landesvorsitzende Michael Ebling und Innenminister Roger Lewentz. Sie stehen für einen offenen Meinungsaustausch zwischen Kommunal- und Landespolitik zur Verfügung. Das Treffen wird mit einem kleinen Imbiss abgerundet.



Ortsbürgermeistertreffen in Essenheim am 27. April 2007: Hans-Erich Blodt, Ortsbürgermeister von Essenheim, SGK-Landesgeschäftsführer Harald Schweitzer, MdL, Marianne Grosse, Bau- und Kulturdezernentin in Mainz, Landrat Claus Schick, Ministerpräsident Kurt Beck, SPD-Generalsekretärin Heike Raab, Innenminister Karl-Peter Bruch und SGK-Landesvorsitzender Michael Reitzel (v.l.)

Fotos (2): Archiv SGK